



PRESSEMITTEILUNG

OB und Kulturdezernentin verweigern angemessene Ehrung von Nazi-Opfern

Wie der aktuellen Presse zu entnehmen war, wird einer Familie und deren Angehörigen die Ehrung in Form eines Stolpersteines verweigert, „nur“ weil sie alle den Holocaust überlebt haben und nicht auf tragische Weise in Hannover zu Tode gekommen sind.

"Es ist schon erschreckend, was Frau Dreyfuss hier in Hannover widerfahren ist. Ich bin entsetzt über die Ungeheuerlichkeit dieses Vorganges, wie mit verdienten Bürgern dieser Stadt umgegangen wird. Selbst bei der Zustimmung zur Verlegung eines einzigen Stolpersteines scheint die Kulturdezernentin schon total überfordert. Der Oberbürgermeister und Frau Drevermann sollten ihre Fehleinschätzungen schnellstmöglich einsehen und Frau Dreyfuss und ihrer Familie eine angemessene Ehrung zugestehen, so die migrationspolitische Sprecherin der CDU Ratsfraktion Christine Handke.

Frau Dreyfuss, die Tochter des anerkannten Arztes Dr. Sochaczewski, wünscht sich verständlicherweise eine angemessene Ehrung ihres bereits verstorbenen Vaters. Vor der Flucht 1936 behandelte er in seiner Praxis am Schwarzen Bären Patienten ohne Honorar. An diesen sozial überaus engagierten Menschen möchte sie erinnern. Umso weniger kann sie die ablehnende Haltung der Stadt verstehen und fragt sich deshalb enttäuscht, ob es denn besser gewesen sei, wenn sie und ihre Familie ermordet worden wären?

„Die Stadt muss reagieren und tätig werden, um auch all diejenigen Verfolgten zu berücksichtigen, die es noch rechtzeitig geschafft haben aus Nazi-Deutschland zu fliehen - hier muss ebenfalls die Verlegung eines Stolpersteines möglich sein. Wir können uns sehr glücklich schätzen, dass es Angehörige gibt, die uns an diese Menschen erinnern! Darüber hinaus begrüße ich außerordentlich die Zustimmung der jüdischen Gemeinde sowie auch die Unterstützung des Künstlers Gunter Demnig, so Handke weiter.

Der Umgang mit Familie Dreyfuss durch die Stadtverwaltung ist absolut inakzeptabel und moralisch verwerflich. Wer die Geschichte kennt muss zugeben, dass es nicht darum geht, „die Wogen zu glätten“, sondern um das Recht eines Angehörigen, endlich einen Ort der Erinnerung zu finden. Es darf keinen Unterschied geben, wer aus welchen Gründen wie zu Tode kam - und wenn es durch die Verfolgung des Regimes am gebrochenen Herzen im Exil war. Prinzipienreiterei bringt uns hier nicht weiter,“ so Christine Handke abschließend.

Für Nachfragen steht Ihnen unsere Ratsfrau Christine Handke unter der Tel.-Nr.: 0178 - 1860178 zur Verfügung.

10.02.2011